

**Ansprache von Regierungschef-Stv. Dr. Martin Meyer anlässlich des
FBP-Parteitages vom 14. Juni 2011 in Schaan**

Es gilt das gesprochene Wort

Geschätzte Mitglieder des Parteitages

Liebe Parteifreunde

Als erstes ist es mir ein Anliegen, den heute verabschiedeten Alt-Vorstehern (Anton Eberle, Gregor Ott) und ehemaligen Präsidiumsmitgliedern (Angelika Tinner, Adi Blank, Rainer Schädler und Edeltraud Fehr) auch aus meiner Sicht recht herzlich zu danken. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Für euer Mitwirken in der politischen Arbeit zum Wohl unsere Landes möchte ich euch recht herzlich danken. Danken möchte ich euch insbesondere für die vertrauensvolle Zusammenarbeit während den letzten Jahren sowie für euren grossartigen Einsatz in der politischen Arbeit unsere Landes!

Dieser Applaus soll noch einmal eure Verdienste würdigen!

Den heute Abend gewählten Mitglieder des FBP-Präsidiums gratuliere ich recht herzlich zur Wahl und ich danke allen – sowohl den langjährigen als auch den neu eintretenden Mitgliedern – dass sie sich für dieses politische Amt zur Verfügung stellen. In einer Zeit, in welcher jeder von uns beruflich und privat grosse Belastungen zu tragen hat, ist es für mich nicht selbstverständlich, dass sich Personen für eine politische Arbeit im Nebenamt zur Verfügung stellen.

Herzlichen Dank für diese Bereitschaft, und ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit euch!

Liebe Parteifreunde!

Von unserem Parteipräsidenten Alexander Batliner und unserem Fraktionssprecher haben wir bereits Einiges über die politische Arbeit der FBP auf Landesebene sowie über unser Verhältnis zu unserem Koalitionspartner VU gehört. Ich möchte diese Ausführungen in einen Gesamtzusammenhang einbetten.

Die letzten Monate sind sehr arbeitsintensiv und sehr herausfordernd gewesen. Selbstverständlich war und ist die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise ein Hauptgrund hierfür. Unser Land hat - wirtschaftlich gesehen - die schwierigste Zeit seit Jahrzehnten durchlebt und auch global passiert täglich so viel, sodass unsere Gefühle irgendwo zwischen Sorge, Angst, Hoffnung und Mut schwanken.

Die Umweltkatastrophen rund um die BP-Bohrinsel nahe der US-Küste und die menschliche Tragödie um das Atomkraftwerk im japanischen Fukushima haben mit Bestimmtheit die Welt verändert. Auch andere Bereiche beeinflussen die Weltordnung derzeit sehr stark: In Arabien und Nordafrika erheben sich Völker gegen ihre Führer und Stammeshäuptlinge. Wir erleben deshalb Flüchtlingsströme und Völkerwanderungen nach Richtung Europa.

In der internationalen Politik sind die globalen Finanzthemen nach wie vor dominierend. Verschiedene Staaten, so z.B. Griechenland, Portugal oder Irland, kämpfen nach wie vor mit der Schuldenkrise, und wir wissen heute noch nicht, welche Staaten morgen noch zahlungsfähig sind. Der derzeitige Eurokurs

schwächt unsere Exportwirtschaft und führt ggf. zu Verlagerungen von Produktionskapazitäten ins Ausland. Und nicht zuletzt bilden sich auf der Länderebene internationale, demokratisch nicht legitimierte Clubs, z.B. G8 oder G20, welche einen starken Einfluss, gerade auf Kleinstaaten ausüben und den Druck, insbesondere in den Finanzthemen, weiterhin aufrecht erhalten.

Liebe Parteifreunde!

Im Rahmen dieser internationalen Entwicklungen müssen wir uns als Kleinstaat behaupten, und wir müssen die Herausforderungen vorausschauend angehen. Ich möchte vor diesem Hintergrund beispielhaft einige wichtige Aufgaben, welche uns beschäftigen, erläutern:

Energiefrage wird zentral

Unser Parteipräsident hat bereits die Energiefrage angesprochen: Die Energieversorgung wird mittelfristig eines der zentral dominierenden Themen sein, insbesondere auch darum, weil die Wettbewerbssituation eines Landes davon massiv abhängt. Gerade die AKW-Katastrophe von Fukushima hat die Debatte um die Nutzung der Atomenergie mit voller Wucht auf die Tagesordnung gebracht. Viele Menschen fordern von der Politik zu Recht, dass die Frage der Nutzung der Atomenergie neu gestellt werden muss.

Liechtenstein ist in der glücklichen Lage, dass wir über keine AKWs verfügen. Gleichzeitig muss die Politik hier aber auch ehrlich sein und den Menschen sagen: Wir nutzen Atomenergie. Wir importieren einen Grossteil unseres Energiebedarfes und dieser stammt auch aus AKWs.

Wenn wir für unser Land die richtigen Schlüsse aus der Katastrophe von Fukushima ziehen wollen, dann müssen wir auch bereit dazu sein, neue Ansätze in der Lösung der Energiefrage zu akzeptieren. Ich werfe hier bewusst die Frage einer möglichen Nutzung der Wasserkraft am Rhein auf, weil wir mit einer Verweigerungspolitik die Fragen der Zukunft nicht lösen und bestehendes Nutzungsverhalten in die Zukunft projiziert. Wer in Liechtenstein weniger Atomenergie will und langfristig einen Ausstieg befürwortet, der muss sich auch mit der Erschliessung neuer Kapazitäten anfreunden.

Zukunftsgerichtete Ausrichtung des Staatshaushaltes

Das Thema Staatshaushalt beschäftigt uns schon seit längerem, und wir haben diesbezüglich in Regierung und Landtag in den letzten beiden Jahren einige Reformen durchgeführt.

Zum Thema Staatshaushalt möchte ich betonen, dass ich sowohl in der jetzigen Regierung als auch schon in der letzten Legislaturperiode jede Anstrengung zur nachhaltigen Ausrichtung des Staatshaushaltes unterstützt habe. Dies entspricht meiner tiefsten politischen Überzeugung. Als Kleinstaat müssen wir in besonderer Art und Weise ein wachsames Auge auf unsere Ausgabenpolitik haben. Wir brauchen gesunde Staatsfinanzen, eine Verschuldung, wie dies andere Länder haben, können wir uns nicht leisten.

In dieser Debatte, welche unter der VU-Führung und damit in der Verantwortung des Regierungschefs steht, stelle ich jedoch drei Bereiche fest, welche meines Erachtens künftig verbessert werden müssen:

1. Wir sollten nicht nur eine Spardebatte führen, sondern wir müssen uns dringend überlegen, wo und wie wir neue Einnahmen generieren können. Diesbezüglich könnte ich mir Pauschalbesteuerungslösungen für vermögende Persönlichkeiten, welche Wohnsitz in Liechtenstein nehmen, durchaus vorstellen.
2. Zahlreiche Akteure kritisieren, dass sie im Rahmen der Konsolidierung des Staatshaushaltes für ihre spezifischen Anliegen kein Gehör bei den zuständigen Stellen finden. Es fehlt angeblich die Dialogbereitschaft. Hierbei bin ich der Meinung, dass wir trotz Sparkurs im Land einen Interessensausgleich zwischen allen Betroffenen benötigen. Wir müssen sehr darauf bedacht sein, dass die Solidarität in unserer Gesellschaft, welche uns in der Vergangenheit stark gemacht hat, nicht leidet. Hierfür benötigen wir einen offenen Dialog, um das Verständnis für die von der Politik getroffenen Massnahmen zu erhöhen.
3. Die erarbeitete Finanzplanung des Landes wirft Fragen hinsichtlich Planbarkeit und Berechenbarkeit auf. Unser Fraktionssprecher und unser Parteipräsident haben bereits darauf hingewiesen. Landtag und Regierung können nur aufgrund der vorgelegten Planungen Entscheidungen fällen. Wir brauchen diesbezüglich für die Zukunft klare Prämissen und Vorgaben, damit die Entscheidungen in Regierung und Landtag sachlich und fundiert begründet werden können.

Zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort

Selbstverständlich wird auch die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftsstandortes künftig ein Schwerpunktthema der Regierungsarbeit sein. Die sogenannte Transformation des Finanzplatzes wird dabei neben der Förderung von Industrie und Gewerbe im Fokus der Überlegungen stehen

müssen. Wir brauchen hierfür nicht nur eine politische Agenda 2020, sondern klare Vorstellungen, wie sich der Finanzplatz in den kommenden Jahrzehnten präsentieren soll.

Für mich steht fest, dass die internationale steuerliche Zusammenarbeit sowie die internationalen Forderungen nach Transparenz die politischen Agenden - auch in unserem Land dominieren - werden. Meines Erachtens brauchen wir hierfür jedoch zwei Dinge. Erstens wir sollten nur noch Abkommen schliessen, welche unserem Wirtschaftsstandort substantiell etwas bringen, ich spreche von sogenannte Doppelbesteuerungsabkommen. Zweitens: Wir müssen unserem Finanzplatz und den Akteuren Zeit für die Umsetzung geben. Wir können nicht alle Anforderungen und Probleme unter einmal lösen, sondern wir müssen diese schrittweise und unter Einbezug der Betroffenen umsetzen.

Wohnraum für die nächste Generation schaffen

Ein weiteres wichtiges Thema, welches mich beschäftigt, ist die Wohnfrage. Junge Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner haben es verdient, dass die Politik sich der Eigenheimproblematik annimmt, damit auch die nächste Generation im Land ihren Traum vom Eigenheim verwirklichen kann und nicht nach Sevelen oder Weite auswandern muss! Hier müssen wir künftig Lösungen finden.

Liebe Parteifreunde!

Ich wurde in den vergangenen Wochen, gerade auch von einigen Anwesenden hier im Saal, oft gefragt, was uns auf Landesebene denn von der VU unterscheide.

Zur Unterscheidung FBP/VU haben euch auch schon unser Parteipräsident und unser Fraktionssprecher bereits einige inhaltliche Antworten geben:

Zusammenfassend kann ich aus meiner Sicht sagen, dass wir uns als verlässlicher Partner in dieser Koalition präsentiert haben, und dass wir damit dieser Koalitionsregierung die nötige Stabilität gegeben haben, was ohne unser Mitwirken sicherlich nicht der Fall gewesen wäre. Ich bin der tiefen Überzeugung, dass unsere Bürgerinnen und Bürger in diesen schwierigen Zeiten ein Anrecht auf politische Stabilität in unserem Land haben.

Es ist gerade die FBP, welche sich derzeit in verschiedenen politischen Themen stark in die Regierungsarbeit einbringt bzw. diese zur Entscheidungsfindung vorantreibt. Insgesamt wird es nun in den kommenden Monaten darum gehen, unsere Positionen und unsere Vorstellungen zu den verschiedenen Themen auch öffentlich darzulegen.

Zudem möchte ich erwähnen, dass sich konstruktive Mitarbeit in einer Regierung sowie ein kritisches Hinterfragen der Regierungstätigkeit durch eine Landtagsfraktion nicht ausschliessen. Ganz im Gegenteil: dies ist üblich bzw. notwendig und wird auch in anderen Ländern praktiziert, wir müssen hier nur den Blick zu unseren Nachbarn in die Schweiz richten.

Liebe Parteifreunde!

Mit der heutigen Wahl des Präsidiums setzt die Bürgerpartei ein starkes Signal nach aussen, denn die Kontinuität innerhalb der Partei und die Kontinuität unserer Politik bleibt gewahrt. Das FBP-Präsidium ist nun neu legitimiert, und

wir können uns zuversichtlich und mit voller Kraft den kommenden Herausforderungen stellen.

In schwierigen Zeiten bzw. in Zeiten wie heute, wo vieles in Bewegung ist, gewinnt die Diskussion um die Grundwerte einer Gesellschaft wieder stark an Bedeutung. Man fragt sich, welches eigentlich die Werte einer Gesellschaft bzw. eines Landes sind.

Die FBP hat sich seit jeher den Grundsätzen verpflichtet, dass wir eine verlässliche und berechenbare Politik mit Handschlagqualität machen. Eine Politik, welche konkret und greifbar und gleichzeitig umsetzungsorientiert ist und welche nicht theoretisch bleibt. Stets mit dem Ziel: den Menschen in Mittelpunkt unserer politischen Arbeit zu stellen und den Menschen in unserem Land Lösungen zu bieten. Diese Grundsätze galten in der Vergangenheit und diese Grundsätze gelten auch noch heute.

Es war und es ist immer die grosse Stärke der Fortschrittlichen Bürgerpartei, die Gesellschaft, gerade in schwierigen Zeiten, auf ein gemeinsames Ziel auszurichten und dem Land eine Richtung zu geben. Wir wollen uns deshalb mit dem neu gewählten Präsidium und mit der Bevölkerung auf den Weg machen, um unserem Land wieder eine Orientierung zu geben, welche in den letzten beiden Jahren unter der VU-Mehrheit abhanden gekommen ist.

Ich komme zum Schluss:

- Ich möchte euch dafür danken, dass ihr euch für den heutigen Parteitag Zeit genommen habt und heute da seid!

- Gleichzeitig danke ich euch allen recht herzlich für eure Unterstützung, welche wir Regierungsglieder und auch unsere Landtagsfraktion von euch in den letzten Monaten in unterschiedlichen Situationen erhalten haben.

Ich danke euch für euer Vertrauen und lade euch alle recht herzlich ein, zusammen mit uns die künftigen Herausforderungen für unsere Heimat Liechtenstein zu bewältigen.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit!